

DIE CSU-LANDESGRUPPE IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Sitzungsprotokolle 1972–1983

Bearbeitet von Volker Stalmann





Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien

Vierte Reihe
Deutschland seit 1945

*Im Auftrag der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
herausgegeben von*

*Winfried Becker, Hans Günter Hockerts,
Marie-Luise Recker*

Band 15/II

Die CSU-Landesgruppe im
Deutschen Bundestag
Sitzungsprotokolle 1972–1983

Herausgegeben von der
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien
sowie dem
Archiv für Christlich-Soziale Politik der Hanns-Seidel-Stiftung

Droste Verlag Düsseldorf

Die CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Sitzungsprotokolle
1972–1983

Bearbeitet von
Volker Stalman

Vor- und Nachsatz:

Sitzung der CSU-Landesgruppe in der Bayerischen Landesvertretung in Bonn 1982;
Deutscher Bundestag/Presse- und Informationszentrum.

Hintere Reihe v.l.n.r.: Richard Stücklen, Franz Josef Strauß, Friedrich Zimmermann,
Paul Röhner, Peter Schmidhuber, Karl Heinz Lemmrich; 1. Reihe in der Mitte
v.l.n.r.: Otto Regenspurger, Walter Althammer; 2. Reihe v.l.n.r.: Hans Klein, Rudolf
Kraus, Wolfgang Bötsch, Michael Glos.



Copyright © 2019
Kommission für Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien e. V., Berlin
www.kgparl.de
Droste Verlag GmbH, Düsseldorf 2019
www.drosteverlag.de
ISBN 978-3-7700-5345-2

Vorwort

Mit der Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle der CSU-Landesgruppe aus den Jahren 1972 bis 1983 präsentiert die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien (KGParl) eine weitere Edition, die aus dem Überlieferungsschatz der Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen schöpfen kann. Die Sitzungsprotokolle sind eine erstrangige Quelle zur Geschichte des Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Kein anderes Nationalparlament in Europa verfügt über einen vergleichbar aussagekräftigen Fundus an Dokumenten über die Funktion und Arbeitsweise politischer Parteien im parlamentarischen Betrieb – ein einzigartiger Bestand der kulturellen Überlieferung deutscher Parlamentsgeschichte.

Die hier veröffentlichten Sitzungsprotokolle verdeutlichen die herausgehobene Stellung der CSU in Bayern, der die Landesgruppe ihr großes Gewicht innerhalb der Gesamtfraktion von CDU und CSU im Bundestag verdankt. Als quasi hegemoniale Staatspartei in Bayern, die sich auf glänzende Ergebnisse bei Landtags- und Bundestagswahlen stützen konnte, setzte die CSU-Landesgruppe im Bundestag in den 1970er Jahren ihr politisches Machtpotential bis an den Rand des Bruchs der Fraktionsgemeinschaft mit der Schwesterpartei CDU ein. Zugleich traten nach dem Verlust der Regierungsmacht in Bonn die Unterschiede zwischen den Unionsparteien hinsichtlich der politischen Strategie in der Opposition und damit auch der Anspruch der CSU auf eine Sonderrolle als »Speerspitze der Opposition« schärfer hervor.

Für die Zeit von 1972 bis 1983 kann auf insgesamt 237 Protokolle mit über 3000 maschinenschriftlichen Seiten zurückgegriffen werden, die im Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP) in der Hanns-Seidel-Stiftung in München verwahrt sind. Der Bestand umfasst die Sitzungsprotokolle der Landesgruppe mit den dazugehörigen Unterlagen und Korrespondenzen. Dass die Originalschriften der Kommission uneingeschränkt zugänglich waren, ist der bewährten Kooperation mit der Hanns-Seidel-Stiftung und insbesondere der Leiterin ihres Archivs, Frau Dr. Renate Höpfinger, zu verdanken.

Angesichts des umfangreichen Bestandes war es notwendig, eine Textauswahl kommentierter Dokumente zu treffen. Wie die gesamte Überlieferung der Fraktionen aus den Jahren 1949 bis 1972 werden auch die nicht in dieser Edition veröffentlichten Sitzungsprotokolle der Landesgruppe aus den Jahren 1972 bis 1983 in Kürze online auf www.fraktionsprotokolle.de öffentlich zugänglich sein.

Grundlage der Editionsarbeit der KGParl ist die Bereitstellung zweckgebundener Mittel durch den Deutschen Bundestag. Dank der langfristig angelegten Förderung kann das Forschungsvorhaben bis zum Ende der »alten« Bundesrepublik 1990 fortgesetzt werden. Das Editionsteam der Kommission wird dabei von einem Editionsbeirat unterstützt, dem Vertreter der beteiligten Bundestagsfraktionen und Archive der Parteistiftungen sowie der Vorstand der KGParl angehören. Ihnen sei für ihr großes Interesse an dem Projekt und die umfassende Unterstützung herzlich gedankt.

Berlin, im Mai 2019

Dominik Geppert
Vorsitzender der KGParl



Der Bundestagsabgeordnete und Parteivorsitzende Franz Josef Strauß im Bundestag 1978; ACSP, P_b LG: 60.

Inhalt

Vorwort	5*
Einleitung	
I. Vorbemerkungen	11*
II. Wahlergebnisse und Mandatsverteilung	16*
III. Sozialstruktur	20*
1. Weibliche Abgeordnete	20*
2. Altersstruktur, Konfession, Bildung, Ausbildung und Berufe	24*
3. Interessenvertreter und Verbandsfunktionäre.	26*
IV. Organisation und Stellung im Deutschen Bundestag.	30*
1. Die CSU-Landesgruppe als Teil der CDU/CSU-Fraktion.	30*
2. Organisation und Geschäftsgewohnheiten der Landesgruppe.	30*
2.1. Die Geschäftsordnung.	30*
2.2. Die Vollversammlung	34*
2.3. Der Landesgruppenvorstand	37*
2.4. Die Landesgruppenvorsitzenden	44*
2.4.1. Richard Stücklen	44*
2.4.2. Friedrich Zimmermann.	46*
2.4.3. Theodor Waigel	49*
2.4.4. Der heimliche Landesgruppenvorsitzende: Franz Josef Strauß	51*
2.5. Das Landesgruppenbüro	53*
2.6. Die Finanzierung der Landesgruppe	55*
3. Die Bildung der Fraktionsgemeinschaft und das Verhältnis zur CDU	56*
4. Die Differenzen zwischen CDU und CSU nach 1972	59*
4.1. Das »Vorbeben«: Die Auseinandersetzungen zwischen CDU und CSU nach der Bundestagswahl 1972.	59*
4.2. Die Auseinandersetzungen über die Deutschland- und Ostpolitik	65*
5. Die Diskussion über die richtige Oppositionsstrategie, die vierte Partei und die Sonthofener Rede von Strauß	71*
6. Die Kanzlerkandidatur Kohls	76*
7. Die Bundestagswahlen von 1976 und der Trennungsbeschluss von Wildbad Kreuth.	79*
8. Die Kanzlerkandidatur von Strauß.	94*
9. Der Bundestagswahlkampf 1980	101*
V. Die Stellung der Landesgruppe innerhalb der Partei	106*
VI. Die Landesgruppe und die Öffentlichkeit.	116*
VII. Bundesrat und Bundesverfassungsgericht	122*
VIII. Themen der Gesetzgebung	127*
1. Innere Sicherheit: Der RAF-Terror, das Demonstrationsrecht und das Problem der Hausbesetzungen.	127*
2. Wirtschafts- und Finanzpolitik.	131*

Inhalt

3. Die Auseinandersetzungen um die Kernenergie	136*
4. Innenpolitik: Die Reform des § 218 und die Frage der Wehrdienstverweigerung.	139*
5. Die Deutschland- und Außenpolitik.	144*
IX. Die Bildung der Regierung Kohl und die Vorbereitung der Bundestagswahlen von 1983	150*
X. Schlussbetrachtung	153*
Hinweise – Übersichten – Verzeichnisse	
A. Hinweise zur Edition	157*
B. Verzeichnis der Dokumente	162*
C. Mitglieder der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag 1972–1983	172*
D. Verzeichnis der Archivalien und mündlichen Auskünfte	182*
E. Quellen- und Literaturverzeichnis	184*
F. Verzeichnis der Abkürzungen	194*
Dokumente	
Protokolle der Landesgruppensitzungen November 1972–Januar 1983	1
Anhang	
A. Geschäftsordnung der CSU-Landesgruppe (7.–9. Wahlperiode)	735
B. Vereinbarung über die Fortsetzung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 7. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages	740
C. Vereinbarung über die Fortführung der Fraktionsgemeinschaft zwischen CDU und CSU für die 8. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages – Vereinbarung von CDU und CSU über die Grundlagen der politischen Zusammenarbeit während der Legislaturperiode im 8. Deutschen Bundestag	742
D. Auszug aus der Rede des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß in der Sitzung des Landesausschusses der Jungen Union Bayern in der Hauptverwaltung des Wienerwald-Konzerns in München am 24. November 1976	745
E. Aufzeichnungen von Theo Waigel zur Vorgeschichte und zu den Nachwirkungen der Klausurtagung der Landesgruppe in Wildbad Kreuth am 18./19. November 1976	756
Personenregister	775
Sachregister	795

Die CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag
1972–1983

Einleitung

von Volker Stalman



Der Vorsitzende der Landesgruppe Richard Stücklen und der Parteivorsitzende Franz Josef Strauß auf einer Wahlkundgebung am Münchner Marienplatz am 26. September 1976; ACSP, Ph P: Stücklen, Richard: 2-5-1, Rechte: DPA-Foto-report, Neg. 801 vom 26.9.76, dpa/Wirginings.

I. Vorbemerkungen

»Im zentralen Foyer der 11. Etage des Bundestagshochhauses hängt eingerahmt das »Lied der Bayern«, weiß und blau gemalt, wie es die Landesfarben gebieten. In den Kühlschränken der Abgeordneten dieses Stockwerkes steht vorzugsweise bayerisches Bier. Wenn sich Zimmernachbarn zum Kartenspiel verabreden, handelt es sich in der Regel um Schafkopf. Hier oben im 11. Stock des Langen Eugen ist die Domäne der CSU in Bonn. Die Chefs dieser Mannschaft, die geschlossen ist wie kaum eine andere auf der politischen Bühne, sitzen drüben im Nachbarhaus: CSU-Vorsitzender Franz Josef *Strauß* (F.J.S.) und Landesgruppenvorsitzender Richard *Stücklen*.«¹

Strauß, die CSU und ihr parlamentarischer Arm in Bonn, die Landesgruppe, atmeten in den siebziger Jahren Kraft und Selbstbewusstsein. In Bayern erzielte die Partei Zustimmungswerte, die auch heute noch beeindruckend sind. So gewann die Partei bei den Landtagswahlen 1974 62,1 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen, bei den Bundestagswahlen 1976 60,0 Prozent und bei den Europawahlen 1979 mit 62,5 Prozent einen bis heute unübertroffenen Wert. Noch 1980, als die Kanzlerkandidatur von *Strauß* der CDU ihr zweitschlechtestes Ergebnis bescherte, konnte die CSU in Bayern mit 57,6 Prozent eines ihrer besten Resultate verbuchen.² Im Bundestag stellte die CSU einen festen Block von etwa zehn Prozent der Mandate.³

Die siebziger und achtziger Jahre markieren einen Höhepunkt in der Geschichte der CSU in Bayern. Keine Partei hat es in der Bundesrepublik jemals vermocht, eine so dominierende Rolle in einem Flächenland zu spielen wie die Christsozialen. Mit Ausnahme der Jahre 1954 bis 1957 stellt die CSU seit 1946 ununterbrochen die Regierung im Freistaat. Von 1957 bis 1994 und erneut 2002 erreichte die Partei bei den Bundestagswahlen Resultate von teilweise deutlich über 50 Prozent der abgegebenen Stimmen. Auch bei den Landtagswahlen war unter dem populären Ministerpräsidenten Alfons *Goppel* seit 1970 die absolute Mehrheit der Stimmen die Regel. Erst 2008 griff auch in Bayern eine wahlpolitische Normalisierung Platz, die zu Zustimmungsraten von teilweise deutlich unter 50 Prozent führte. Die Erkenntnis, dass Macht ein Verfallsdatum hat⁴, scheint auch auf Bayern, wenn auch mit einer im Vergleich zum übrigen Bundesgebiet deutlichen Verzögerung, zuzutreffen.

Will man die außerordentliche Akzeptanz der CSU in Bayern namentlich in den siebziger und achtziger Jahren erklären, so wird man nicht umhinkommen, auf die Popularität und Ausstrahlungskraft des CSU-Vorsitzenden Franz Josef *Strauß* oder des bayerischen Ministerpräsidenten Alfons *Goppel* zu verweisen. Dennoch würde es zu kurz greifen, wollte man die exzeptionelle Stellung der CSU im Freistaat allein auf ein oder zwei, wenn auch überragende und charismatische Personen reduzieren.

¹ Vgl. den Artikel »Im 11. Stock regieren Bier und F.J.S.« von Siegfried *Michel*; »Augsburger Allgemeine« vom 17. Mai 1973; ACSP, IuD-CSU Landesgruppe Bonn.

² Vgl. RITTER/NIEHUSS, Wahlen in Deutschland, S. 121, 174, 205.

³ Vgl. ebd., S. 101 f.

⁴ KIESSLING, Die CSU, S. 11.

Ein wichtiger Grund für die Stärke der CSU ist in der Wirkungsmacht und Prägenkraft des katholischen Milieus in Bayern zu suchen.⁵ Drei Viertel der bayerischen Bevölkerung gehörten in den siebziger Jahren der katholischen Konfession an. Während seit dem Kaiserreich in den katholischen Regionen, in Altbayern und Schwaben zumal, bayerisch-katholische Parteien dominierten, fanden im protestantischen Franken, den ehemaligen brandenburgisch-preußischen Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth sowie den früheren Reichsstädten wie Nürnberg und Rothenburg ob der Tauber, Liberale und Sozialdemokraten besonderen Anklang. Sozioökonomische Faktoren verstärkten diese Differenzlinie und schufen mit dem katholisch-ländlichen Milieu Altbayerns und Schwabens und dem vor allem in Mittelfranken vorherrschenden protestantisch-städtischen des Bürgertums und der sozialdemokratischen Arbeiterschaft deutlich voneinander differierende soziomoralische Milieus. Die Segmentierung der politisch-kulturellen Verhältnisse wurde darüber hinaus durch die ehemalige Reichsunmittelbarkeit potenziert, die die Orientierung auf Deutschland und eine deutliche Distanz zum altbayerischen Kerngebiet förderte. Diese Gegensätze zwischen den katholisch-konservativ dominierten Zonen und den liberal und sozialdemokratisch geprägten Gebieten Frankens wurden politisch erst in den siebziger Jahren nivelliert, als der CSU massive Einbrüche in die städtischen Hochburgen der SPD in Franken gelangen. »Die Parteien- und Wahllandschaft Bayerns färbte sich« seitdem »flächendeckend ›schwarz‹«,⁶

Milieuverstärkend wirkte sich das regionale Sonderbewusstsein aus, das die Besonderheit der CSU als autonomer Landespartei im deutschen Parteiensystem begründete. Die Partei vermochte erfolgreich die besondere bayerische Identität zu verkörpern und sich als Repräsentantin bayerischer Interessen im Bund zu präsentieren. Die regionalen Traditionen waren im Freistaat stark verwurzelt, seine staatliche Integrität und seine Geschichte bildeten ideologische Klammern, die das Land einten. 1806 zum Königreich erhoben, erhielt Bayern nach verschiedenen Gebietszugewinnen und Arrondierungen bereits 1816 im Wesentlichen seine heutige territoriale Gestalt. Nach dem Zweiten Weltkrieg war es das einzige Bundesland, das nicht neu geschaffen werden musste. Zwar verlor es die linksrheinische Pfalz, die seit 1816 zum bayerischen Staatsgebiet zählte und 1946 in das neugebildete Land Rheinland-Pfalz eingegliedert wurde. Doch konnte es seine territoriale Integrität rechts des Rheins wahren. Zur Festigung und Stärkung des bayerischen Staatsbewusstseins trug nicht unwesentlich die effektiv in Szene gesetzte Symbolpolitik bei, zu der die bereits um 1860 von König Max II. in Auftrag gegebene Bayernhymne und die seit 1918 gebräuchliche Rhetorik vom Freistaat zählten. Die textlich nach 1945 durch die Streichung sämtlicher monarchischen Bezüge leicht modifizierte, d.h. demokratisierte Hymne »Für Bayern« wurde in den sechziger Jahren durch die Aufnahme in das offizielle Protokoll bei Staatsempfängen aufgewertet und damit zur Herausstellung der bayerischen Eigenständigkeit auch ideologisch instrumentalisiert. Die Vorstellung einer im Vergleich zu den übrigen Bundesländern größeren Unabhängigkeit und Ungebundenheit wurde durch den Rekurs auf die Selbstbezeichnung »Freistaat« potenziert. Die staatliche Selbstdarstellung und Repräsentation, zu der der

⁵ Zur Diskussion über die Frage nach den Gründen für die überragende Akzeptanz der CSU in Bayern vgl. MINTZEL, CSU-Hegemonie; FALTER, Bayerns Uhren; DERS., Wie gehen sie denn nun wirklich; MINTZEL, Gehen Bayerns Uhren wirklich anders? Zu den Vorläufern der CSU vgl. Winfried BECKER: Ein bayerischer Sonderweg? Die Bayerische Volkspartei und die Republik von Weimar, in: Die Herausforderung der Diktaturen. Katholizismus in Deutschland und Italien 1918–1943/45, hrsg. von Wolfram Pyta, Carsten Kretschmann, Giuseppe Ignesti, Tiziana Di Maio, Tübingen 2009, S. 39–63.

⁶ MINTZEL, Bayern und die CSU, S. 211.

1957 gestiftete Bayerische Verdienstorden und die museale Erinnerungspolitik gehörten, stärkten das Zusammengehörigkeits- und Wir-Gefühl der Bayern.⁷

Das »Bayern-Image« der CSU entstand vor allem in den siebziger Jahren, als die CSU mit der Münchner Werbeagentur Team '70 zusammenarbeitete, die die behäbige »Honoratiorenpartei mit Hosenträgern«⁸ in eine moderne Volks- und Massenpartei verwandelte. Fast drei Jahrzehnte sollte diese Kooperation währen. Die Wahlkampfmaßnahmen und Werbemittel wurden standardisiert und zu diesem Zweck visuelle Klammern generiert, die die Partei in den einzelnen Regionen als einheitliche Kraft identifizierbar machten. Noch in den sechziger Jahren warb die CSU in den einzelnen Regionen und Traditionszonen mit unterschiedlichen Farben. Während die Werbematerialien der Partei in Altbayern die weiß-blauen Farben trugen, pflegten die Franken ihre dem fränkischen Rechen entlehnten Farben Rot-Weiß und die Schwaben noch das traditionelle Rot-Gelb. Dies änderte sich unter der Ägide von Team '70, das 1972 in allen Landes- teilen in der Eigenwerbung die Farben Blau und Grün als Farben der CSU einführte, was angesichts der Wirkungsmacht von Traditionen und der Verbundenheit gegenüber regionalen Eigenheiten in den Bezirksverbänden nicht ohne Widerspruch vonstattenging.⁹ Neben den »Hausfarben« kreierte Team '70 das Parteologo Löwe und Raute, das sich bewusst an das bayerische Staatswappen anlehnte und in der Folgezeit das »Bayern-Image« der CSU wesentlich prägen sollte. Ihre Ergänzung fanden Parteifarben und Logo in der Verwendung des »blauen Himmels«, die die Identifikation der Partei mit dem Land potenzieren sollte. Die damit einhergehende Modernisierung des Wahlkampfstils erhöhte nicht unwesentlich die Akzeptanz der Partei im Freistaat und war einer der für den Wahlerfolg dezisiven Gründe.¹⁰

Die »politisch-kulturelle Flurbereinigung«¹¹ der siebziger Jahre war aber auch Folge der unter der Ägide der CSU erfolgenden erfolgreichen Transformation Bayerns vom rückständigen Agrar- zum modernen High-Tech-Industrieland. Durch den Bau von Ölfertleitungen zu den Mittelmeerhäfen und von Ölraffinerien um Ingolstadt sowie durch die frühe Inbetriebnahme von Kernkraftwerken wurde die Versorgung des rohstoffarmen Landes mit preiswerter Energie sichergestellt. Eine moderne Strukturpolitik sorgte für die Ansiedlung von Unternehmen. Der Fahrzeugbau, die Elektronikindustrie und seit den siebziger Jahren die Luft- und Raumfahrtindustrie avancierten zu wichtigen Arbeitgebern. Auch das Bildungswesen wurde durch die Überführung der Bekenntnisschulen in Gemeinschaftsschulen modernisiert und durch die Gründung neuer Universitäten und die Förderung der Fachhochschulen ausgebaut. Die mit diesen Erfolgen verbundene wachsende Zustimmung, die die CSU in Bayern erfuhr, erhöhte ihre Integrationskraft und ermöglichte ihr auch jenseits der altbayerisch-ländlichen Räume Gewinne bei ihr bisher fernstehenden Wählerschichten.¹²

⁷ Vgl. Thomas MERGEL: Staatlichkeit und Landesbewußtsein. Politische Symbole und Staatsrepräsentation in Bayern und Nordrhein-Westfalen 1945 bis 1975, in: Bayern im Bund. Bd. 3: Politik und Kultur im föderativen Staat 1949 bis 1973. Herausgegeben von Thomas Schlemmer und Hans Woller, München 2004, S. 281–347.

⁸ Vgl. HELMENDORFER, Wahlkampf, S. 34.

⁹ »Lange nach der Entscheidung von 1972 für die Einführung dieser Hausfarben bestätigten verschiedene Untersuchungen von wissenschaftlicher Seite die Aussagekraft der Farbkombination für Werte wie Verlässlichkeit, Sympathie, Kompetenz, ruhige Ausstrahlung.« HELMENDORFER, Wahlkampf, S. 35.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 32–45.

¹¹ MINTZEL, Die CSU in Bayern als Forschungsobjekt, S. 94.

¹² Zur wirtschaftlichen Entwicklung Bayerns vgl. Rainer GÖMMEL: Gewerbe, Handel und Verkehr, in: Handbuch der Bayerischen Geschichte. Bd. 4: Das neue Bayern. Von 1800 bis zur Gegenwart.

In den siebziger und frühen achtziger Jahren profitierte die CSU zudem von ihrer Oppositionsrolle und der wachsenden Unzufriedenheit mit der sozial-liberalen Bundesregierung, der die Bewältigung der wirtschaftlichen Verwerfungen und des RAF-Terrorismus in immer geringerem Maße zugetraut wurde. So übertrafen die Ergebnisse der CSU bei den Bundestagswahlen 1976 und 1980 signifikant diejenigen, die die Partei während ihrer Zeit als Regierungspartei bis 1969 holte. Während der Mittelwert der von 1953 und 1969 erzielten Ergebnisse bei 53,98 Prozent lag, betrug er zwischen 1972 und 1980 57,6 Prozent.¹³ Die Partei vermochte sich mithin erfolgreich während der Oppositionszeit als politische Alternative zur Regierung zu profilieren.

Zur positiven Wahrnehmung trug auch die institutionelle und politische Doppelrolle der CSU als autonomer Landespartei mit besonderem Bundescharakter und bundesweitem Gestaltungsanspruch bei. Dabei konnte sie geschickt von der Sonderrolle als eigenständiger Partei und zentraler Akteur in der Fraktionsgemeinschaft mit der CDU profitieren. Die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU, die seit 1949 die Monopolisierung des Postens des Bundestagspräsidenten begünstigte, war allerdings nicht unumstritten. Die Kritik an dieser Organisationsform führte zu wiederholten Auseinandersetzungen mit der »großen Schwester«, die 1976 in dem von der Landesgruppe auf einer Klausurtagung in Wildbad Kreuth gefassten Beschluss, die Fraktionsgemeinschaft mit der CDU zu kündigen, kulminieren sollten. Auch wenn der Beschluss bald darauf wieder rückgängig gemacht wurde und die CSU im Bundestag keine eigene Fraktion bildete, blieb sie in der Öffentlichkeit doch deutlich wahrnehmbar. Dies lag nicht zuletzt an ihrer Geschlossenheit, die sie als kompakte Einheit markant von ihrer, gerade auch in wichtigen Fragen wie der Ost- und Deutschlandpolitik zerstrittenen Schwesterpartei unterschied. Die weltanschaulich-politischen und regionalen Gemeinsamkeiten der Abgeordneten, aber auch das relative homogene soziale Profil der Landesgruppe und ihre dichte Organisation trugen zu diesem Bild wesentlich bei. »Die Abgeordneten der CSU«, so befand *Strauß* rückblickend, »zusammengeschlossen in ihrer Landesgruppe, waren eine verschworene Gemeinschaft, die sich von Vereinigungen der Parlamentarier aus anderen Bundesländern substantiell unterschied. Die Landesgruppe der CSU hatte eigene Farbe, eigenes Gewicht, eigene Qualität. Man hat uns allgemein als Organisation besonderer Art respektiert, obwohl auch die anderen versuchten, Landesgruppen zu bilden, was aber bis heute nur ziemlich lahme Versuche mit schwachen Ergebnissen geblieben sind.«¹⁴

Die siebziger Jahre spielten mithin in der Entwicklung und Geschichte der CSU eine herausgehobene Rolle. Zum einen zeigten die Ergebnisse bei den Landtags- und Bundestagswahlen in aller Deutlichkeit, wie sehr die CSU das politische System des Freistaates zu hegemonialisieren und sie auch ihr bisher fernstehende Wählerschichten im protestantischen Franken zu gewinnen vermochte. Zum anderen ließ der Machtverlust in Bonn 1969 die Spannungs- und Konfliktlinien zwischen den beiden Unionsparteien und den Anspruch der CSU auf eine Sonderrolle deutlicher hervortreten. Durch die außergewöhnlichen Wahlergebnisse beflügelt, verstand sich die CSU unter Franz Josef

2. Teilband: Die innere und kulturelle Entwicklung, 2. Völlig neu bearbeitete Auflage, München 2007, S. 216–299; Wilhelm VOLKERT: Geschichte Bayerns. 5. aktualisierte Auflage, München 2001, S. 109–111; MINTZEL, Geschichte der CSU, S. 248–271.

¹³ Vgl. RITTER/NIEHUSS, Wahlen in Deutschland, S. 121.

¹⁴ STRAUSS, Erinnerungen, S. 159.

Strauß als »Speerspitze der Opposition«¹⁵, dem sich die weniger erfolgreichen Landesverbände der CDU unterzuordnen hatten.

¹⁵ So Theo *Waigel* in der Sitzung der Landesgruppe am 11. Oktober 1982, SVP A. In der Sitzung am 25. September 1979, SVP D, sprach Friedrich *Zimmermann* von der »Speerspitze der Union«.